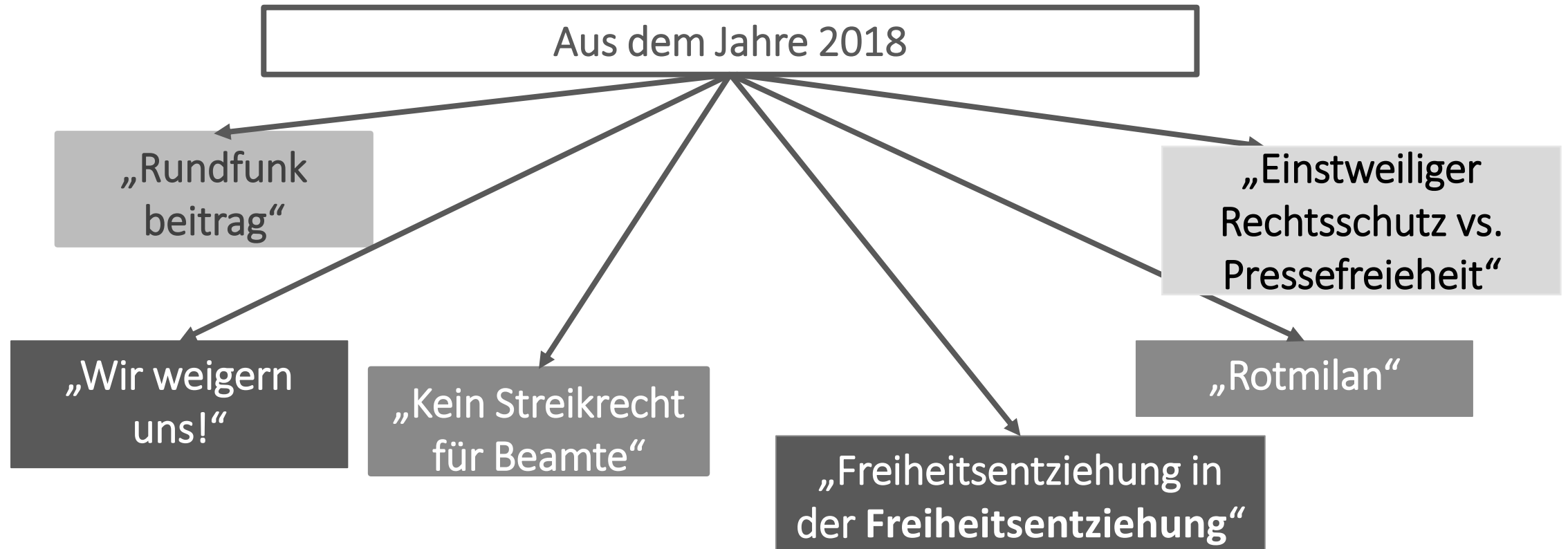

Wichtige Entscheidungen des BVerfG 2018

Thomas Weiler

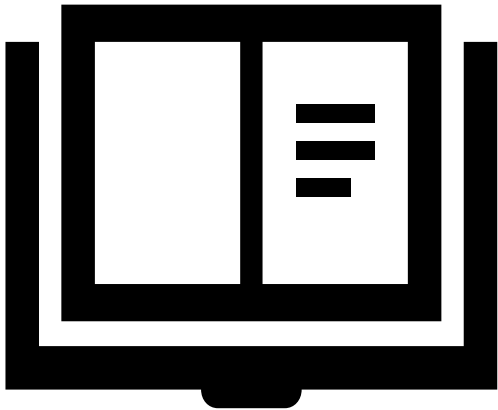


▶ Sechs ausgewählte Entscheidungen





Sachverhalt



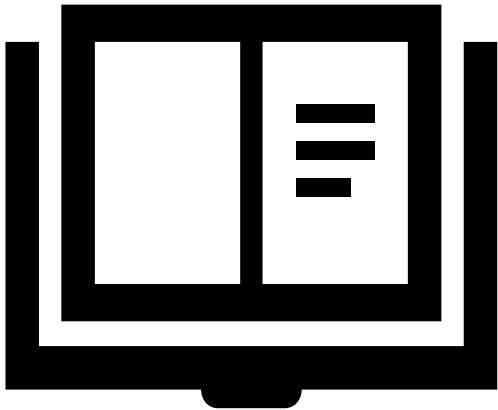
BVerfG Beschl. v.
24.03.2018, Az. 1
BvQ 18/18

Die NPD beantragt Nutzung der Stadthalle der Stadt W für eine Wahlkampfveranstaltung. Die Stadt verweigert dies. Das zuständige VG und auch der VGH des Bundeslandes geben der NPD recht, weiter weigert sich die Stadt. Auch eine einstweilige Anordnung des BVerfG will die Stadt nicht umsetzen.

Was kann das BVerfG unternehmen?



Sachverhalt

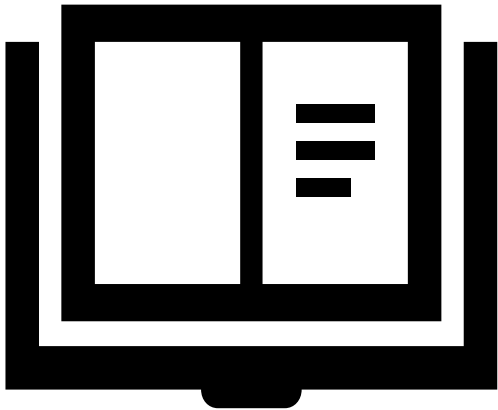


Steht auch Beamten das Streikrecht aus Art. 9 Abs. 3 zu? Auf welcher Grundlage können Einschränkungen gerechtfertigt sein? Welche Rolle spielt das Europarecht hierbei?

BVerfG, Urteil des
Zweiten Senats
vom 12. Juni 2018
- 2 BvR 1738/12 -;
BVerfGE 148, 296 -
391



▶ Sachverhalt



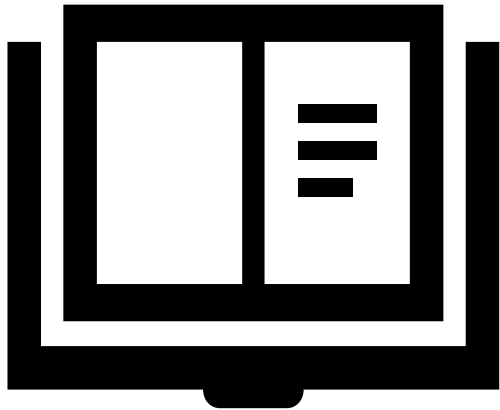
Einem Presseorgan wird die Veröffentlichung eines Artikels durch einstweilige Verfügung untersagt. Das Presseorgan war vorher nicht angehört worden.

Ist das Vorgehen korrekt?

BVerfG, Beschl. v.
30.09.2018, Az. 1
BvR 1783/17; 1 BvR
2421/17



▶ Sachverhalt



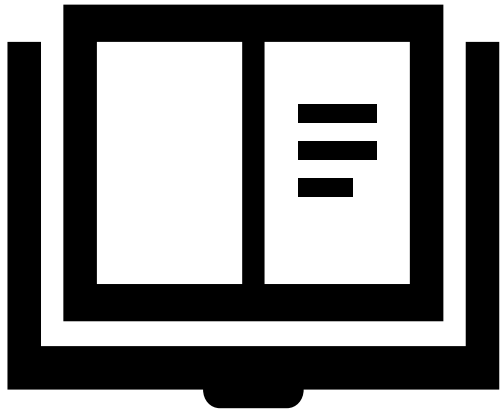
BVerfG, Urteil des
Zweiten Senats
vom 24. Juli 2018
- 2 BvR 309/15 -

K ist aufgrund richterlicher Anordnung in einer psychiatrischen Anstalt untergebracht. Nun soll er dort über längere Zeit im Bett „Fixiert“ werden, d.h. an Bauch und Extremitäten an das Bett gefesselt.

Muss dem erneut ein Richter zustimmen?



▶ Sachverhalt



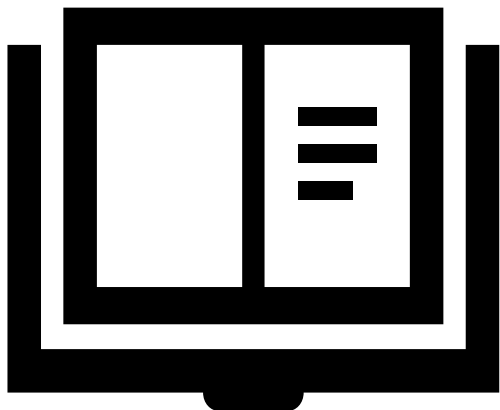
Seit einigen Jahren gilt der Rundfunkbeitrag für alle Haushalte in Deutschland. Dies gilt unabhängig von der Anzahl der Rundfunkgeräte und auch für Zweitwohnungen.

Ist dieser Beitrag mit dem Gleichheitssatz vereinbar? Stellt er eine verkappte Steuer dar?

BVerfG, Urt. v.
18.07.2018, Az. 1
BvR 1675/16, 1 BvR
745/17, 1 BvR
836/17, 1 BvR
981/17



▶ Sachverhalt



BVerfG, Beschluss
vom 23. Oktober
2018, 1 BvR
2523/13 und
595/14

Zwei Betreiber einer Windkraftanlage begehrten die Erteilung einer behördlichen Genehmigung, die ihnen aus naturschutzrechtlichen Gründen versagt wurde. Die verweigernde Behörde beruft sich auf Naturschutz, vor Gericht kann der Sachverhalt nicht aufgeklärt werden. Das Gericht gesteht der Behörde eine "naturschutzfachliche Einschätzungsprärogative" hinsichtlich des Sachverhalts zu.

Zu Recht?